



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

Thüringer Kommunalmonitor 2023

Kommunale Bedarfstrends auf den Punkt gebracht.



Ausführlicher Ergebnisreport 2023

Inhalt

Stand: 30.09.2023

6	Die Resonanz in den Kommunen
8	Die finanzielle Situation in den Kommunen
14	Bedarf an personellen Ressourcen
18	Bedarf an Investitionsmitteln
28	Hemmnisse der Investitionstätigkeit
32	Baupreisentwicklung und Investitionstätigkeit
36	Strom- & Gaspreisentwicklung und Wärmeversorgung
42	Installation von PV-Anlagen
46	Fonds zur Reduzierung von Finanzierungskosten
48	Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick
59	Methodenkurzbericht



Vorwort

Die fünfte Auflage des Thüringer Kommunalmonitors erlebte in diesem Jahr eine Rekordbeteiligung: Von 207 angeschriebenen Thüringer Kommunen haben zwei Drittel, das entspricht 138 Antworten, ihre Stimme abgegeben. Für Kommunen aus allen Landesteilen des Freistaats hat sich diese Erhebung somit inzwischen einen festen Platz in der Jahresplanung gesichert. Wir freuen uns über dieses breite Echo, das es uns erneut ermöglicht, ein repräsentatives Bild der Situation in den Thüringer Regionen zu zeichnen.

Der dramatische Umbruch auf den Energiemärkten beschäftigte die Kommunen bereits während der letzten Umfrage und führte vielerorts zu kurzfristigen Reaktionen und ersten Maßnahmen zur Kosteneinsparung. Die nun vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass die gravierenden Änderungen im Gebäudeenergiegesetz sowie die kommunale Wärmeplanung weitere große Herausforderungen bedeuten. Immerhin setzt aktuell die Mehrheit der kommunalen Liegenschaften auf fossile Energieträger, allen voran Erdgas oder Heizöl. Die Modernisierung der häufig älteren Anlagen unter Einbezug erneuerbarer Energien wie Solar oder Biomasse stellt kurzfristig eine der größten Herausforderungen für die Thüringer Kommunen dar. Der Startschuss für die kommunale Energiewende ist erfreulicherweise längst erfolgt, hier gibt es erste spannende Zahlen. So werden trotz bestehender Hemmnisse bei der Planung und Installation von Photovoltaik-Anlagen momentan bereits 341 kommunale Anlagen entweder geplant oder befinden sich kurz vor der Fertigstellung.

Natürlich spielt die zukunftsfähige Energieversorgung aktuell eine Hauptrolle in den Planungen, aber auch zu bewährten „Dauerbrenner-Themen“ wie der aktuellen Gesamtfinanzsituation, dem Bedarf an personellen Ressourcen oder auch den Hemmnissen für die Investitionstätigkeit erhielten wir erneut zahlreiche Antworten. Wir nehmen Ihre Bedarfe und Herausforderungen ernst und werden die Ergebnisse nun intern sowie mit dem politischen Entscheidungsträger*innen im Land intensiv diskutieren, um ein passgenaues Unterstützungsangebot für Ihre Bedarfe zu entwickeln.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

Ihr

Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

Die Resonanz in den Kommunen



Anteil der Kommunen nach Ortsgrößenklassen

In diesem Jahr wurden, zwischen dem 01. Juni und dem 31. August, 207 Verwaltungsspitzen von 55 Gemeinden, 87 Städten, 43 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und den 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, mit einem Online-Fragebogen kontaktiert. Insgesamt haben sich 138 der 207 angeschriebenen Thüringer Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Rekordbeteiligung in der Geschichte des Kommunalmonitors von rund 67 Prozent.

Insgesamt beteiligten sich 37 Gemeinden (2022: 16), 64 kreisangehörige Städte (2022: 45), 21 Verwaltungsgemeinschaften (2022: 16) und 11 Landkreise (2022: 6). Erfreulicherweise haben in diesem Jahr auch alle fünf kreisfreien Städte am Kommunalmonitor teilgenommen (2022: 4). Knapp die Hälfte der Teilnehmer*innen am Kommunalmonitor 2023 waren auch in 2022 dabei.

Einwohnerzahl	Gemeinden	Städte	VG	kreisfreie Städte	Landkreise	Gesamt
Unter 3.000 Ew.	9	4	1	0	0	14
3.000 bis unter 5.000 Ew.	13	12	5	0	0	30
5.000 bis unter 10.000 Ew.	15	25	14	0	0	54
10.000 bis unter 30.000 Ew.	0	18	1	0	0	19
30.000 bis unter 50.000 Ew.	0	5	0	1	0	6
50.000 und mehr Ew.	0	0	0	4	11	15
Gesamt	37	64	21	5	11	138

Anzahl der Kommunen



Die finanzielle Situation in den Kommunen

Aktuelle Gesamtfinanzsituation

Seit der ersten Befragung aus dem Jahr 2019 hat sich die finanzielle Gesamtsituation mit Blick auf alle Kommunen zwischen „befriedigend“ und „ausreichend“ eingependelt. Das zeigen die auf der nächsten Seite dargestellten Mittelwerte. Etwa ein Fünftel aller befragten Kommunen schätzen ihre Lage „gut“ bis „sehr gut“ ein. Jedoch stehen diesen rund 28 Prozent der Kommunen gegenüber, die ihre Gesamtfinanzsituation als „mangelhaft“ beurteilen.

Besondere Schwankungen in der Beurteilung der finanziellen Lage zeigen sich bei den Landkreisen. Diese beurteilen ihre Lage, wie bereits 2019, durchschnittlich als „ausreichend“. In den Jahren dazwischen tendieren die Durchschnittswerte in Richtung einer befriedigenden Beurteilung der Situation. Aktuell gibt es keinen Landkreis, der die finanzielle Gesamtsituation als „sehr gut“ einschätzt. Stattdessen beurteilen 36 Prozent die Lage als mangelhaft.

Obwohl sich auch keine Gemeinde findet, die die Gesamtfinanzsituation als „sehr gut“ einschätzt, scheint die Lage bei diesen seit 2019 eine deutlich positivere Entwicklung genommen zu haben. Der aktuelle Mittelwert tendiert eher in Richtung einer „befriedigenden“ Finanzausstattung. Fast zwei Drittel der Gemeinden schätzt die Lage als „ausreichend“ bis „befriedigend“ ein. Jede fünfte Gemeinde schätzt die Lage als „gut“ ein.

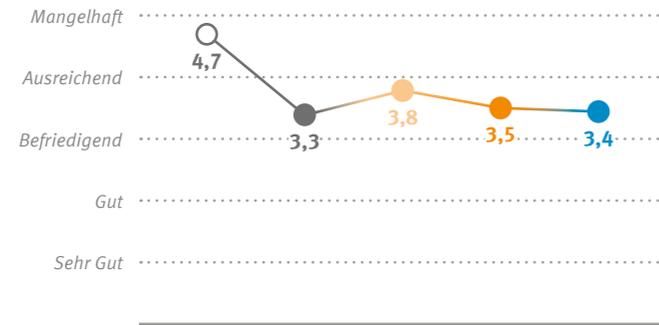
Die Urteile schwanken über die Jahre 2019 bis 2023 bei den Städten zwar nicht in dem Maße, wie bei den Landkreisen, jedoch ähnelt ihre Einschätzung seit 2021 der aktuellen Lagebeurteilung der Landkreise.

Wie schätzen Sie Ihre aktuelle Gesamtfinanzsituation ein?

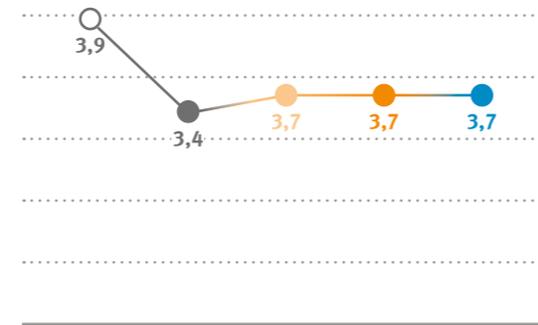
Mittelwerte, seit 2022 wird die Frage bei den VGs nicht mehr erhoben

○ = 2019 ● = 2020 ● = 2021 ● = 2022 ● = 2023

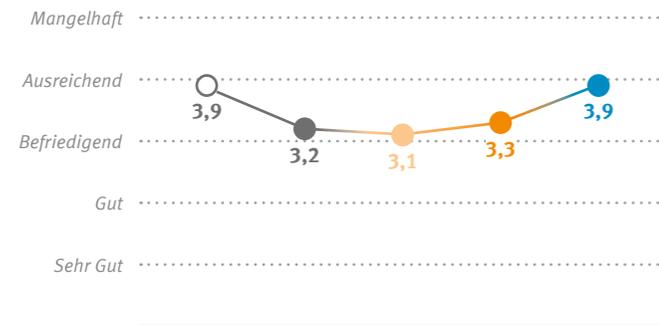
Gemeinden N=37



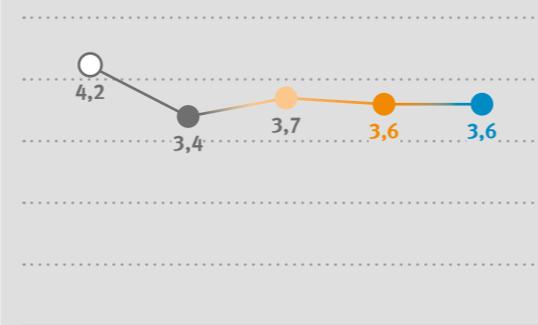
Städte N=66



Landkreise N=9



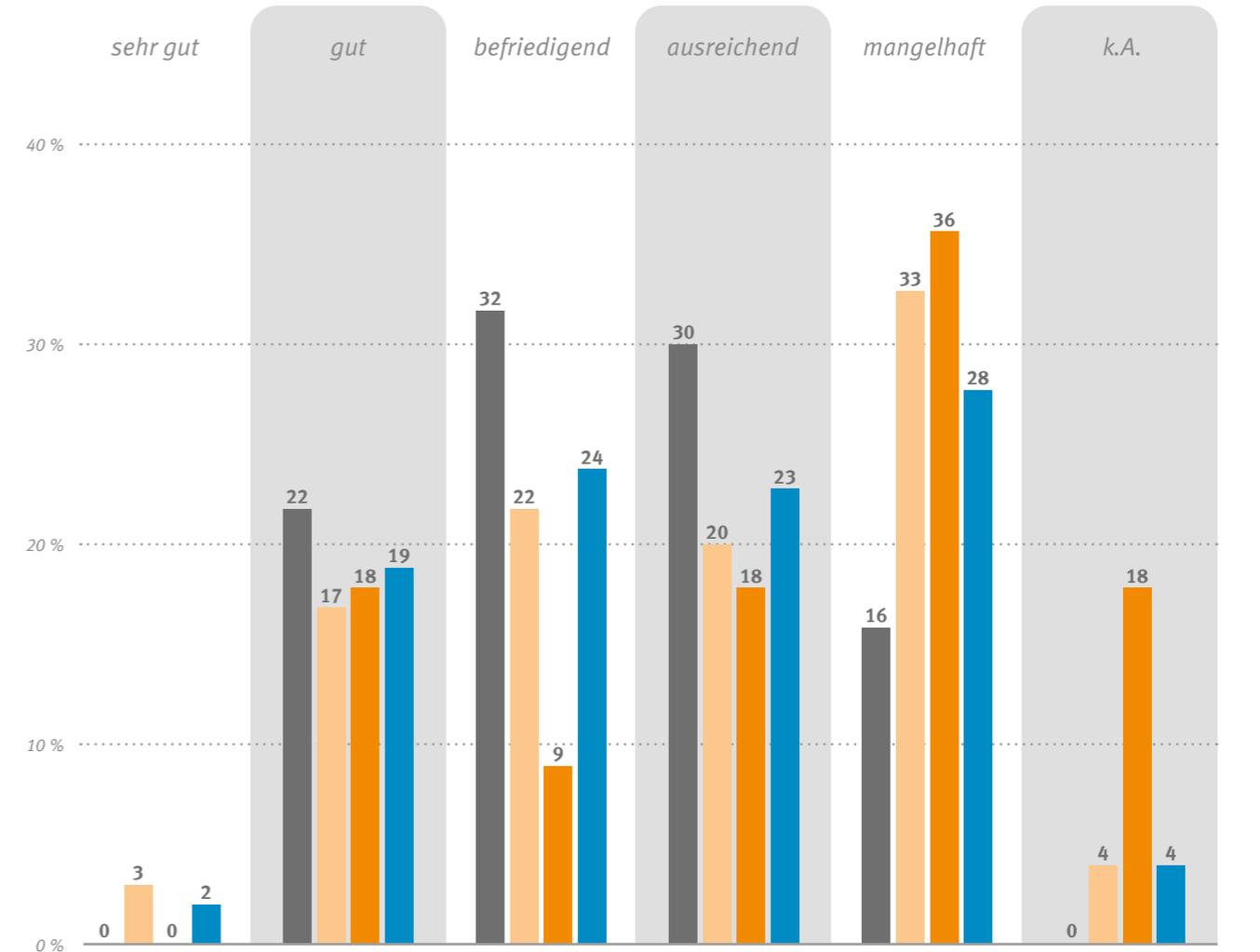
Alle Kommunen N=112



Wie schätzen Sie Ihre aktuelle Gesamtfinanzsituation ein?

Angaben in Prozent

■ = Gemeinden N=37 ■ = Städte (inkl. kreisfreie) N=69 ■ = Landkreise N=11 ■ = Gesamt N=117

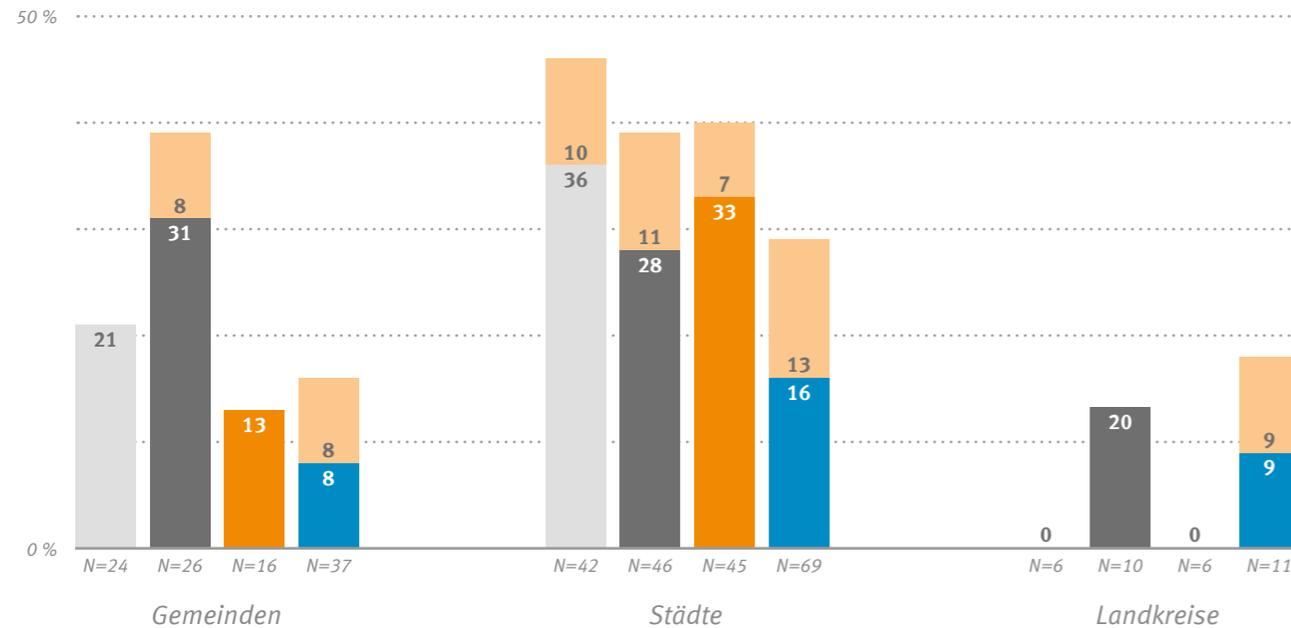


Kommunen in Haushaltssicherung

Immer weniger Gemeinden und Städte geben an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Der Anteil sinkt auf acht Prozent der befragten Gemeinden (2022: 13 Prozent) und auf 16 Prozent der befragten Städte (2022: 33 Prozent). Das sind die niedrigsten Werte seit Start des Kommunalmonitors im Jahr 2019. Im Jahr 2021 gaben zwei befragte Landkreise (20 Prozent) an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Aktuell ist es ein Landkreis (9 Prozent).

Anteil der Gemeinden, Städte und Landkreise mit HSK?

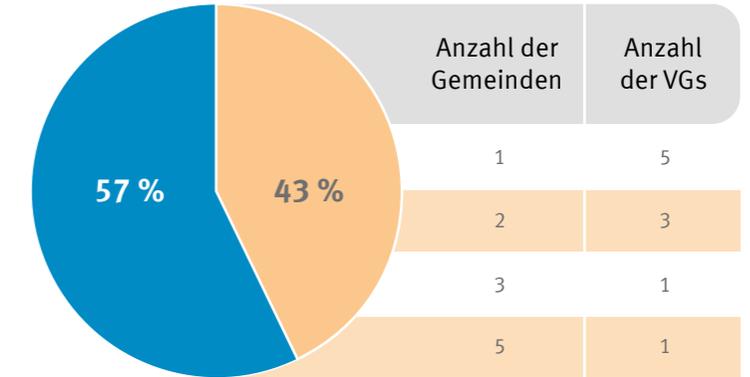
= 2020
 = 2021
 = 2022
 = 2023
 = freiwillig
 Angaben in Prozent



Besteht ein HSK in Ihrer VG?

(N = 21)

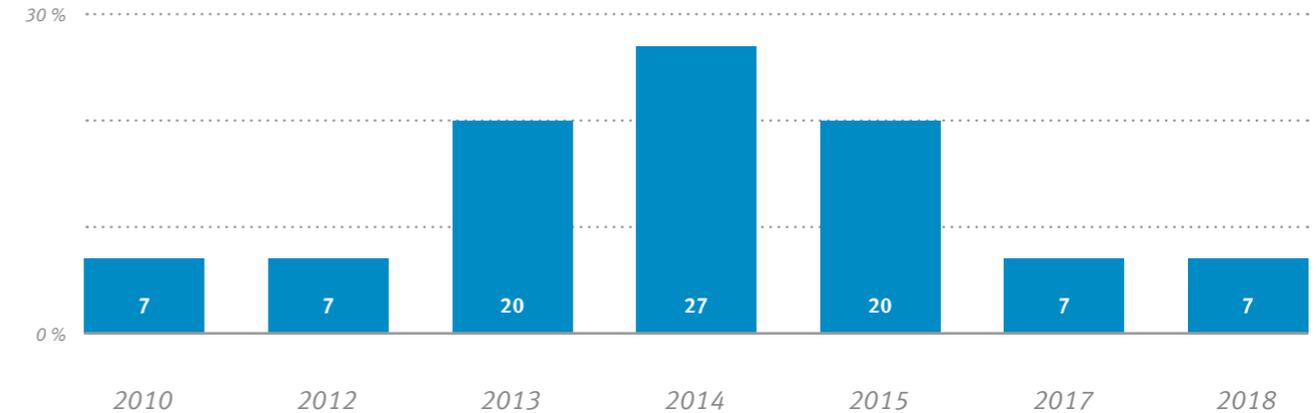
- = kein HSK
- = HSK für alle Mitgliedsgemeinden (MGG)
- = HSK für einen Teil der MGG



Das angeordnete Haushaltssicherungskonzept besteht seit:

(N = 15, fehlende Werte zu 100 = keine Angabe)

Angaben in Prozent



Bedarf an personellen Ressourcen

Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

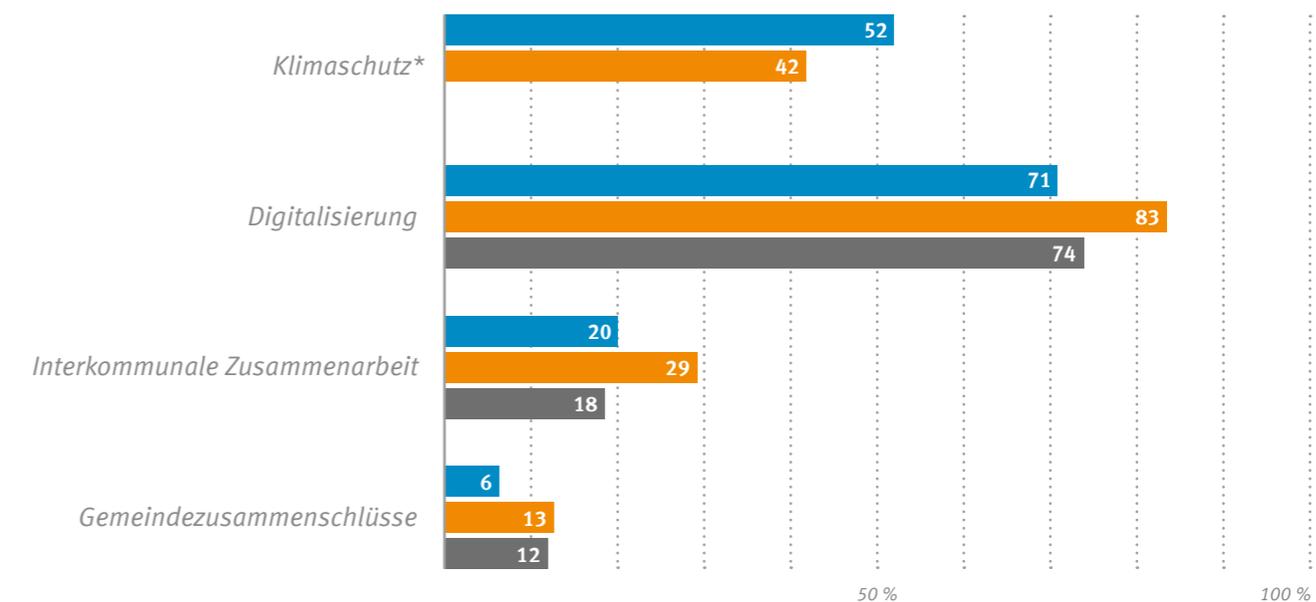
In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Nach wie vor wird zusätzlicher personeller Bedarf in den strategischen Handlungsfeldern, vor allem bei der Umsetzung der Digitalisierung gesehen. Die Nachfrage nach geeignetem Personal in den Kommunen ist zwar seit 2022 gesunken, erreicht aber im Vergleich mit den anderen hier dargestellten Handlungsfeldern mit einem Anteil von 71 Prozent immer noch die stärkste Ausprägung. Rasant gestiegen ist der Personalbedarf im Handlungsfeld „Klimaschutz“. Rund 52 Prozent der Kommunen geben hier Bedarf an.

Alle befragten Kommunen – Strategischer Bereich

Angaben in Prozent

■ = 2021 (N=95) ■ = 2022 (N=83) ■ = 2023 (N=138) * wurde in den Vorjahren nicht erhoben



Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

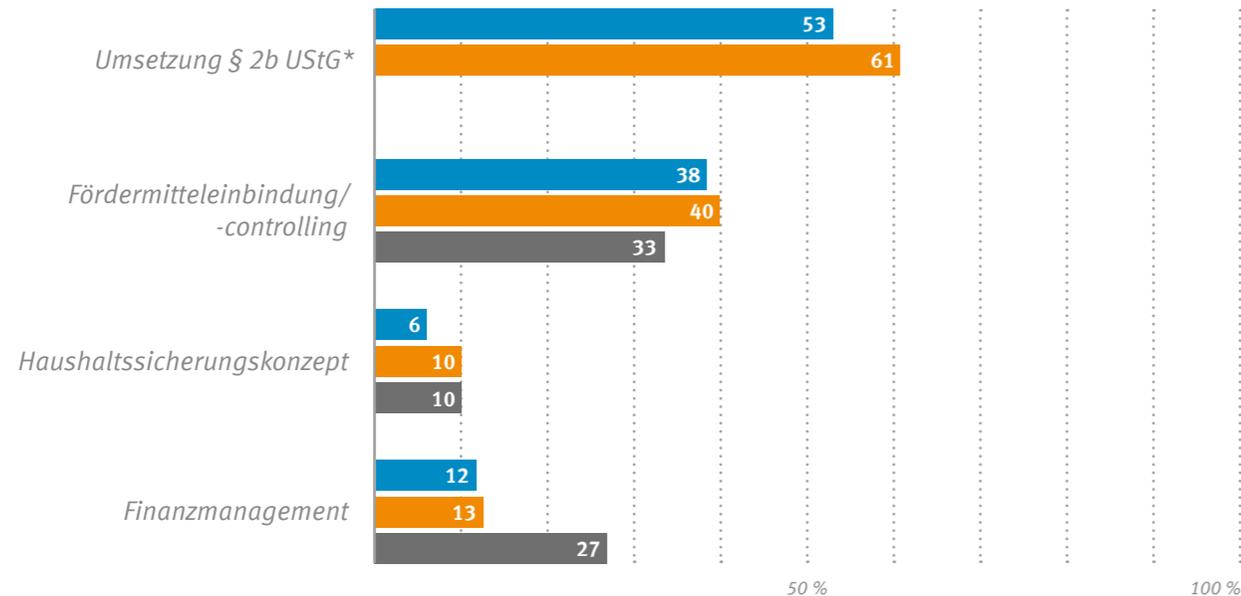
In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Der personelle Bedarf bei der Umsetzung von § 2b UStG bleibt nach wie vor sehr hoch. Rund 53 Prozent der Kommunen suchen hier Fachkräfte. Der Personalbedarf bei der Fördermitteleinbindung und beim Controlling rangiert weiterhin auf Platz zwei.

Alle befragten Kommunen – Finanzverwaltung

Angaben in Prozent | * wurde in den Vorjahren nicht erhoben

■ = 2021 (N=95) ■ = 2022 (N=83) ■ = 2023 (N=138)



Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

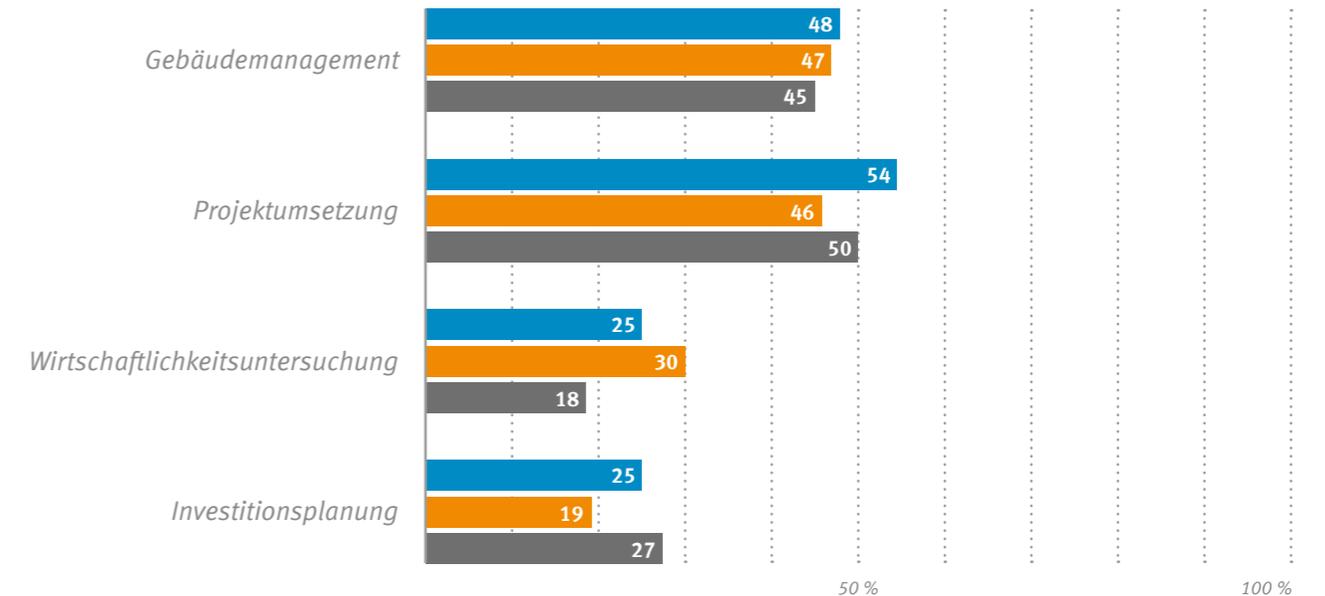
In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Der größte zusätzliche Personalbedarf im Dreijahreshorizont zeigt sich im Investitionsbereich beim Gebäudemanagement und bei der Projektplanung. In beiden Handlungsfeldern steigt die Nachfrage nach Fachpersonal weiter an. Etwa die Hälfte aller befragten Kommunen sucht hier Fachkräfte.

Alle befragten Kommunen – Investitionsbereich

Angaben in Prozent | * wurde in den Vorjahren nicht erhoben

■ = 2021 (N=95) ■ = 2022 (N=83) ■ = 2023 (N=138)



Bedarf an Investitionsmitteln



Top-Ten-Liste der Investitionsbedarfe in Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften:

An der Spitze der Top-Ten-Liste der Investitionsbedarfe mit hoher Priorität in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften hat sich seit 2019 nichts geändert: „Verkehrsinfrastruktur“, „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ bleiben die wichtigsten Investitionsfelder. Diese belegen die Plätze eins bis drei mit einem aktuellen Anteil zwischen 54 und 66 Prozent aller befragten Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften. Lediglich „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ wechseln in diesem Jahr die Plätze. Das erste Mal in die Befragung aufgenommen haben wir das Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“. Es belegt mit einem Anteil von 51 Prozent den Platz vier. Das Investitionsfeld „Sportstätten und Bäder“ rückt wieder stärker in den Fokus der Investitionsbedarfe: 2023 geben das 39 Prozent der befragten Kommunen an. Im Vorjahr waren es nur 25 Prozent, obwohl es mit 42 Prozent in 2021 schon einmal größere Bedeutung hatte.

Stadt- und Quartiersentwicklung hat im Vergleich zu 2021 leicht an Bedeutung verloren. „Verwaltungsgebäude“ haben als Investitionsfeld mit einem Anteil von 32 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (41 Prozent) ebenfalls an Bedeutung verloren und liegen nun wieder etwa auf dem Niveau von 2021 (35 Prozent). Ein ähnliches Bild stellt sich für den „Hochwasserschutz“ dar. Die Investition in „Kindertagesstätten“ rückt über die Jahre 2021 bis 2023 auch allmählich in den Hintergrund und liegt nun bei einem Anteil von 28 Prozent aller befragten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften.

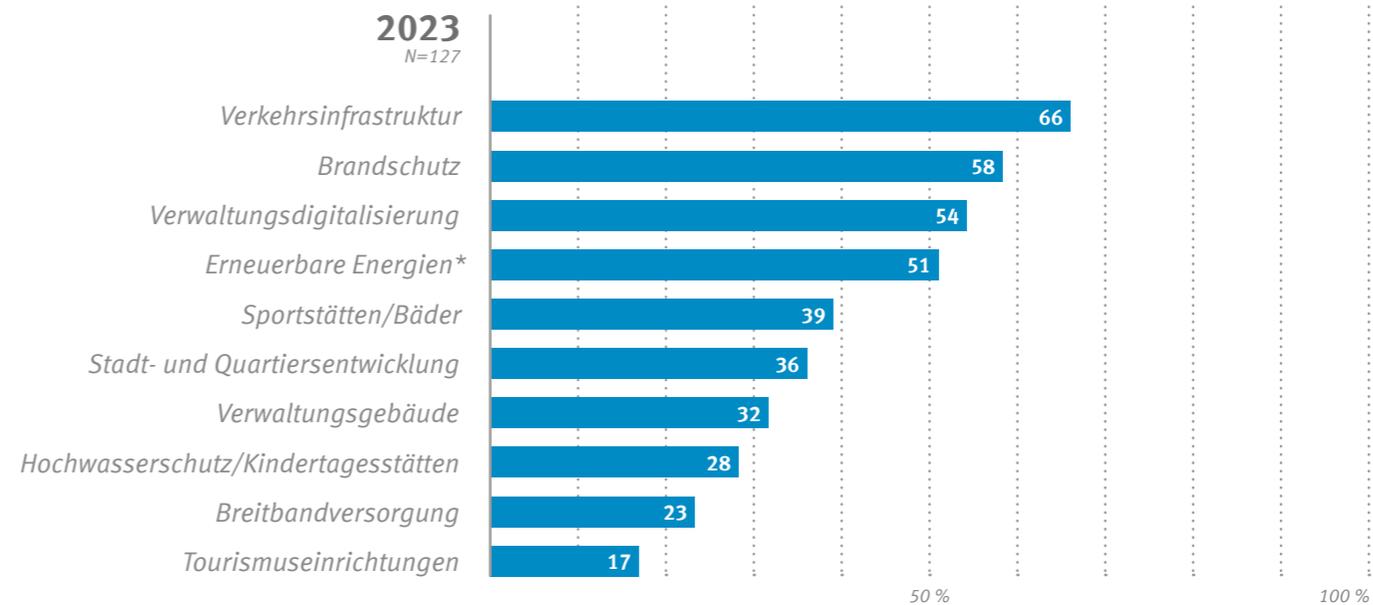
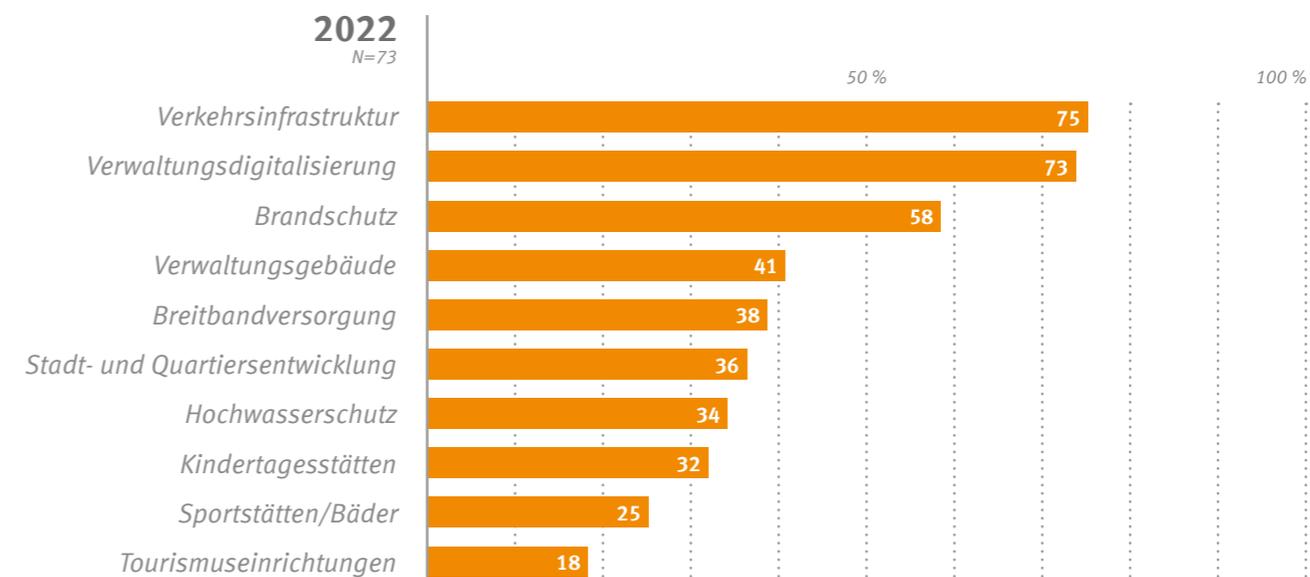
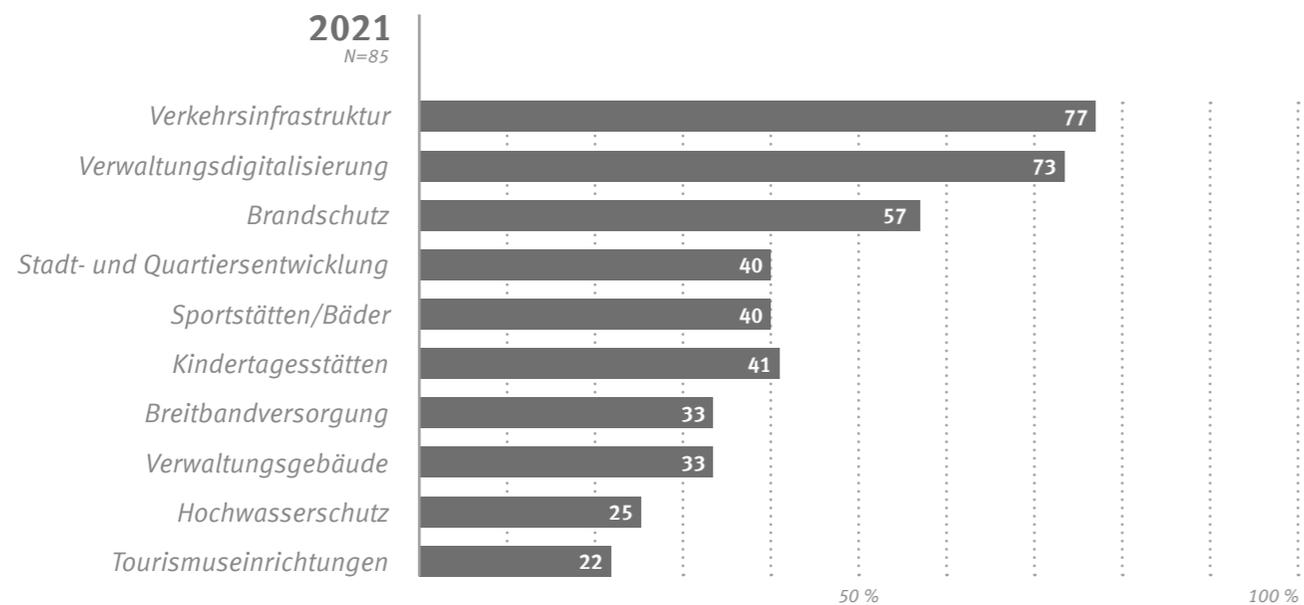
Der „Ausbau der Breitbandversorgung“ ist vielen Kommunen über die letzten drei Jahre weniger wichtig geworden. Nur noch 28 Prozent rechnen dem „Ausbau der Breitbandversorgung“ eine hohe Priorität in ihrer Investitionstätigkeit zu, in den Vorjahren sahen hier 37 bzw. 38 Prozent hohe Priorität.



Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Hohe Wichtigkeit TOP 10 - Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften:

Angaben in Prozent | * wurde 2023 erstmals gefragt





Bedarf an Investitionsmitteln

Höchste Wichtigkeit für Landkreise

Für die meisten befragten Landkreise haben die Investitionen in die Verwaltungsdigitalisierung seit den letzten drei Jahren unverändert eine hohe Priorität. In 2022 und 2023 geben das über 80 Prozent der befragten Landkreise an. Auf den nachfolgenden Plätzen ist mehr Volatilität zu beobachten. Belegten die Investitionen in die Schulen in den Jahren 2021 und 2022 den zweiten Platz, so rückt in 2023 das Investitionsfeld „Verkehrsinfrastruktur“ auf Platz zwei. Rund 73 Prozent aller befragten Landkreise rechnen diesem Investitionsfeld hohe Priorität zu. Die Schulen liegen nun auf Platz vier mit 64 Prozent. Die Investition in Verwaltungsgebäude liegt mit 73 Prozent aller befragten Landkreise auf Platz drei.

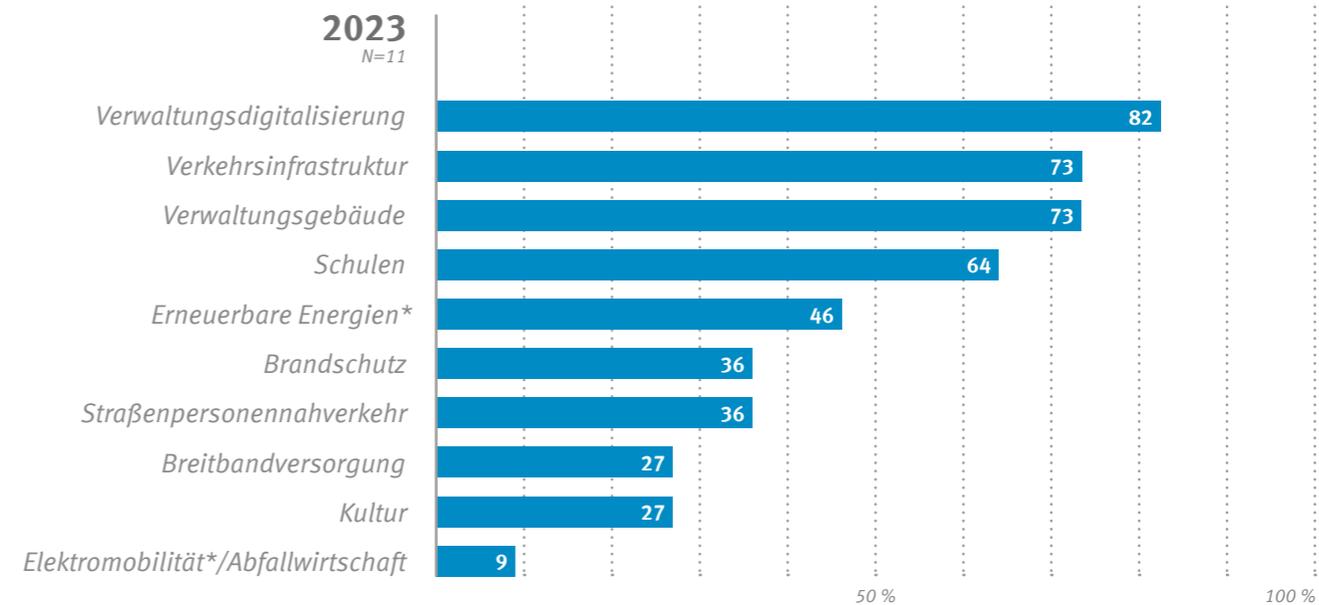
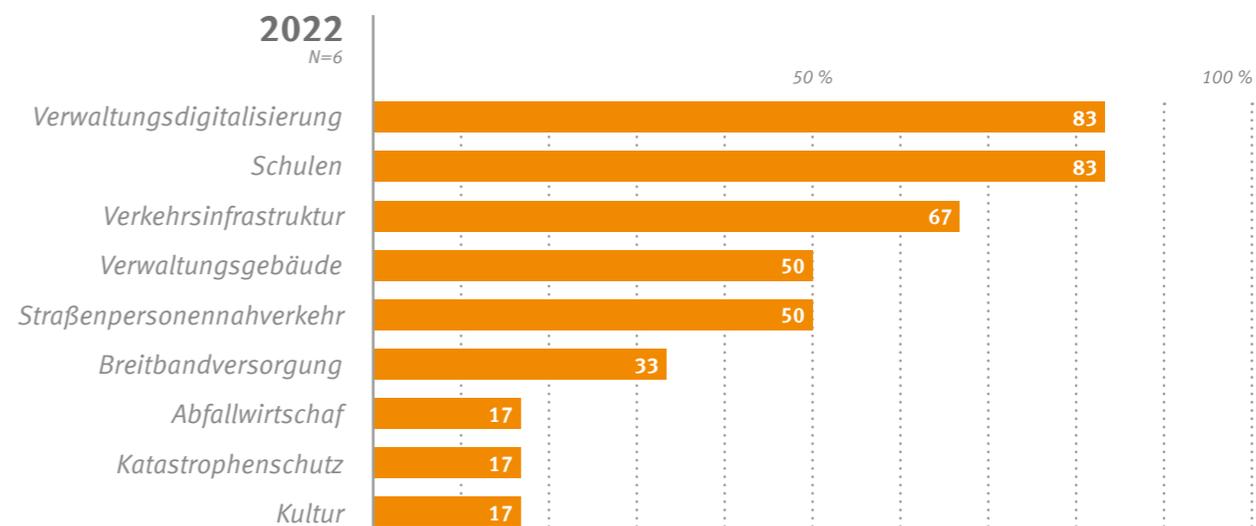
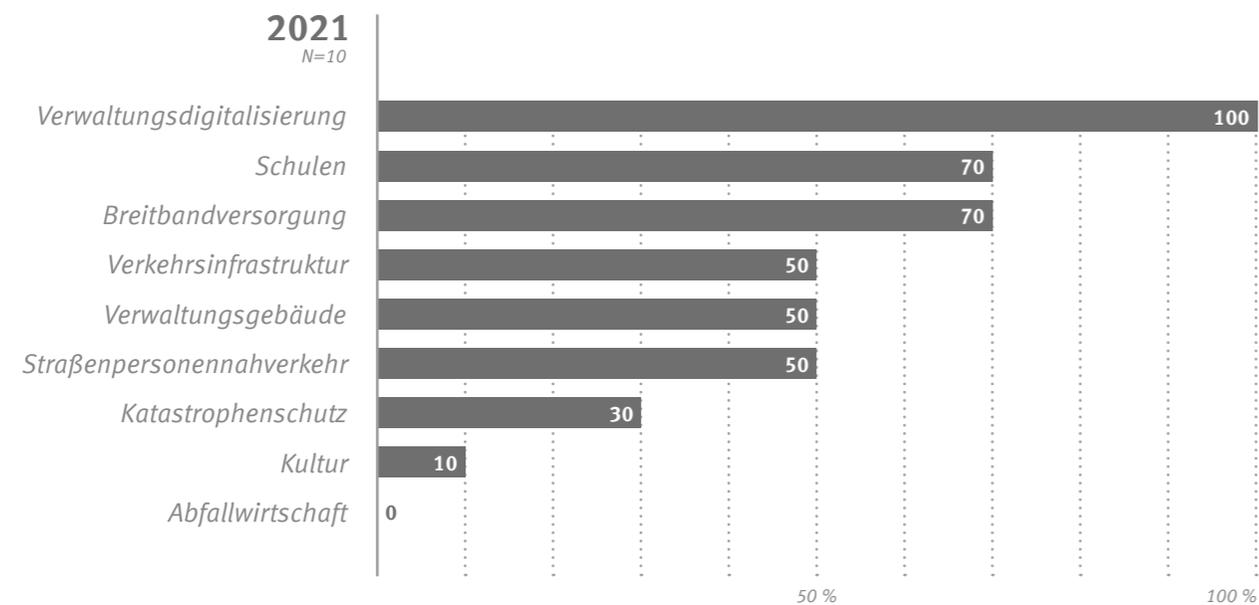
Das neu in die Befragung eingeführte Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“ belegt Platz fünf. Rund 46 Prozent der befragten Landkreise geben diesem Investitionsfeld eine hohe Priorität. Dagegen verliert der Straßenpersonennahverkehr an Bedeutung. Sahen noch 50 Prozent der befragten Landkreise 2021 und 2022 hier eine hohe Priorität, sind es heute nur noch 36 Prozent. Auch der Bedarf an Investitionen in die Breitbandversorgung verliert über die Jahre an Boden. Rechneten in 2021 noch 70 Prozent der befragten Landkreise diesem Investitionsfeld hohe Priorität zu, so sank dieser Anteil in 2022 auf 33 Prozent und liegt nun bei 27 Prozent. Kultur gewinnt hingegen allmählich an Bedeutung. In 2021 hatten Investitionen in diesen Bereich nur für 10 Prozent der befragten Landkreise eine hohe Bedeutung, mittlerweile sind es 27 Prozent.



Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Höchste Wichtigkeit - Landkreise

Angaben in Prozent | * wurde 2023 erstmals gefragt



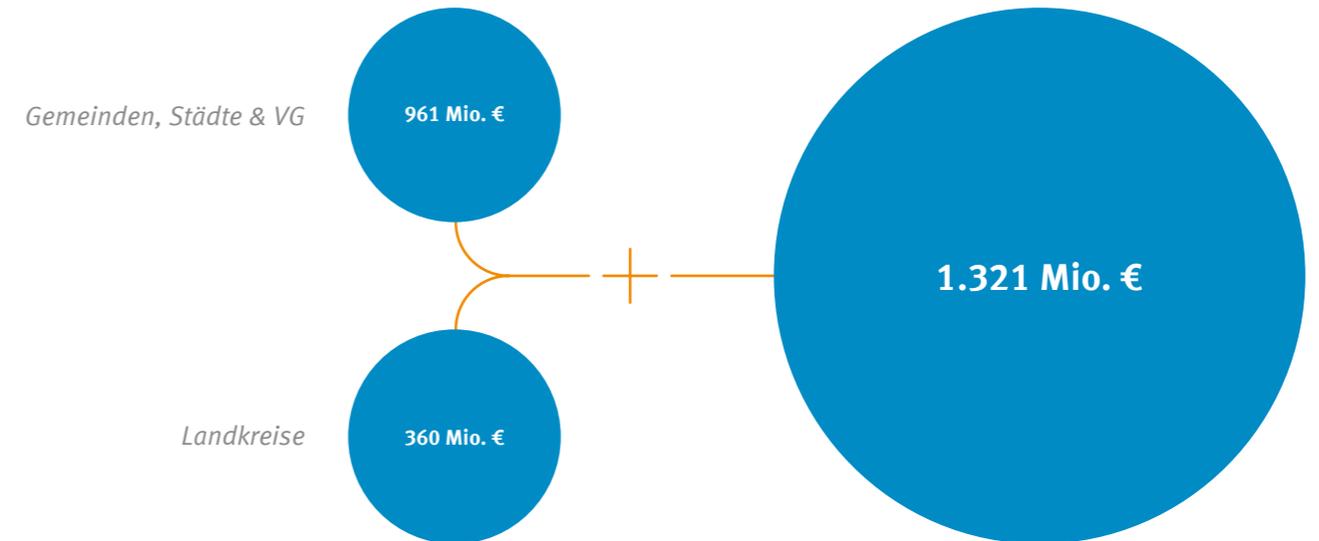


Investitions- mittelbedarf

Investitionsbedarf pro Jahr 2024-26

Auf der Basis der getätigten Sachinvestitionen aller Kommunen 2020 bis 2022 wurde der prozentuale Anteil für die in unserer Stichprobe enthaltenen Kommunen errechnet. Dieser wurde als Simulationsfaktor für die Hochrechnung genutzt. Grundlage für die Hochrechnung war die Summe des geschätzten Investitionsvolumens für 2024 bis 2026, die die Kommunen in unserer Stichprobe angegeben haben. Daraus ergibt sich ein Gesamtinvestitionsbedarf von 3,963 Mrd. €, das sind 1,321 Mrd. € p.a. Aus der Gegenüberstellung von hochgerechnetem geschätztem Investitionsvolumen und in den Haushalt eingestellten Ausgaben für Investitionen ergibt sich das Delta zusätzlich benötigter Mittel. Für die kommenden drei Jahre schätzen wir so das zusätzlich benötigte Investitionsvolumen auf ca. 2,3 Mrd. €. Das sind durchschnittlich 799 Mio. € pro Jahr.

Hochrechnung auf alle Thüringer Kommunen p.a.



Hemmnisse der Investitions- tätigkeit

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Einer erfolgreichen Umsetzung von Investitionen in den Kommunen stellen sich verschiedene Hemmnisse in den Weg. Unverändert seit 2021 und damit die zentralen Herausforderungen der Kommunen sind die Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln, mehr als zwei Drittel der befragten Kommunen sieht darin Hemmnisse. Die Verfügbarkeit finanzieller Mittel bestimmen die Handlungsspielräume der Kommunen bei der Verwirklichung von Investitionen. Aber es gibt noch weitere Hemmnisse, die Einfluss auf das Investitionsmanagement in den Kommunen haben. Ein Blick auf diese zeigt, dass sich in den letzten Jahren einiges bewegt hat. Generell sind die hohen Prozentanteile der Kommunen, die in der Befragung von 2022 Hemmnisse anzeigten, deutlich zurückgegangen. Die Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung und die Verfügbarkeit von Zuweisungen stellen sich für etwas mehr als die Hälfte der befragten Kommunen in 2023 als Hemmnisse dar. Sie stehen damit an dritter und vierter Stelle aller abgefragten Hemmnisse. Der Anteil bei der Verfügbarkeit von Zuweisungen ging allerdings von 70 Prozent (2022) auf 51 Prozent (2023) zurück.

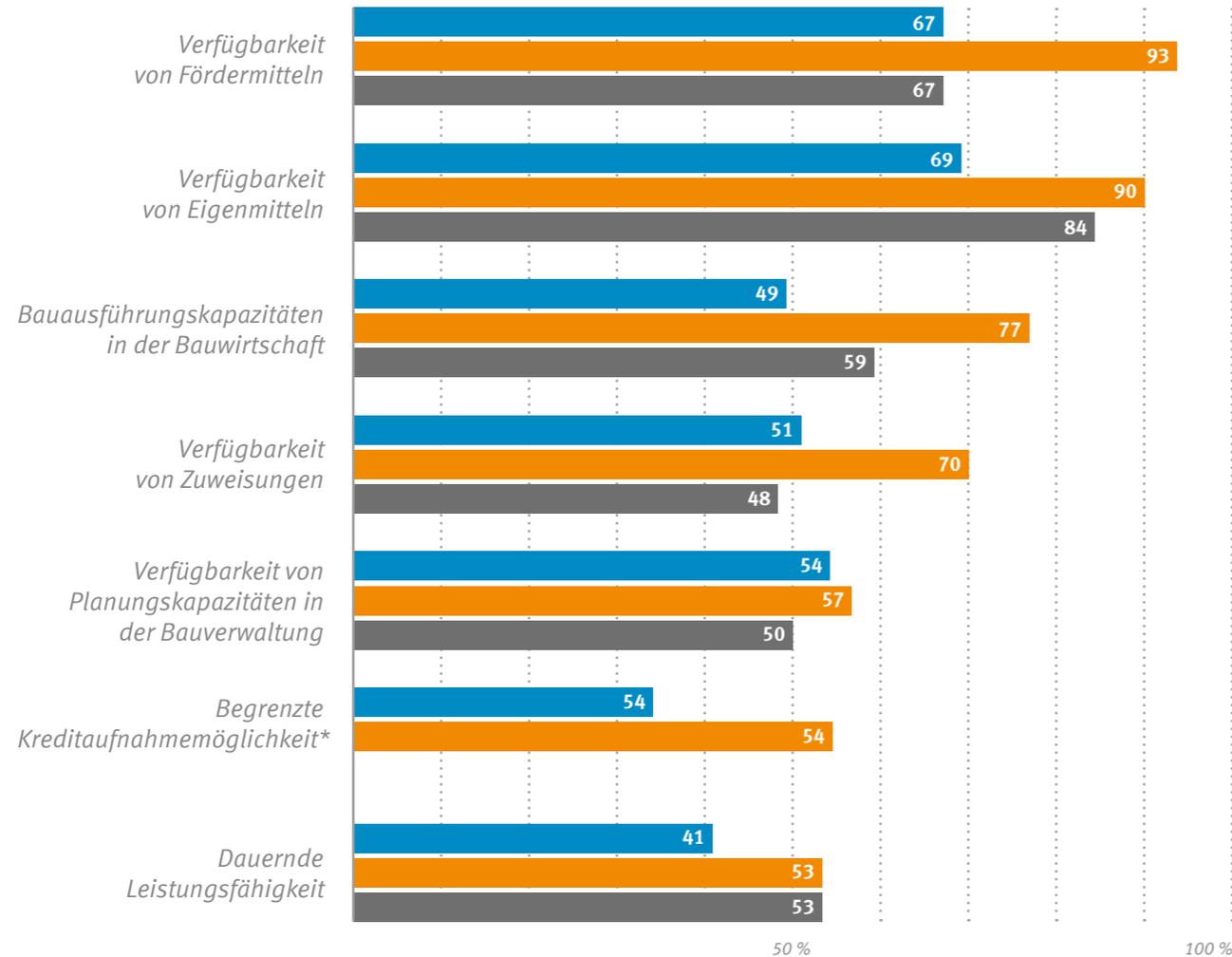
Bei den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft scheint es eine leichte Entspannung zu geben. Der Anteil der Kommunen, die hierin Hemmnisse sehen, geht von 77 Prozent in 2022 auf aktuell 49 Prozent zurück. Im Ranking der Hemmnisse nimmt es Platz fünf ein. Entwarnung kann angesichts des immer noch hohen Anteils an Kommunen jedoch nicht gegeben werden. Auf den Platz sechs rückt mit einem Anteil von 47 Prozent die Verfügbarkeit von Projektsteuerungskapazitäten in der Bauverwaltung vor.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

Alle befragten Kommunen im Überblick:

Angaben in Prozent

■ = 2021 (N=95) ■ = 2022 (N=83) ■ = 2023 (N=138) * wurde in den Vorjahren nicht erhoben

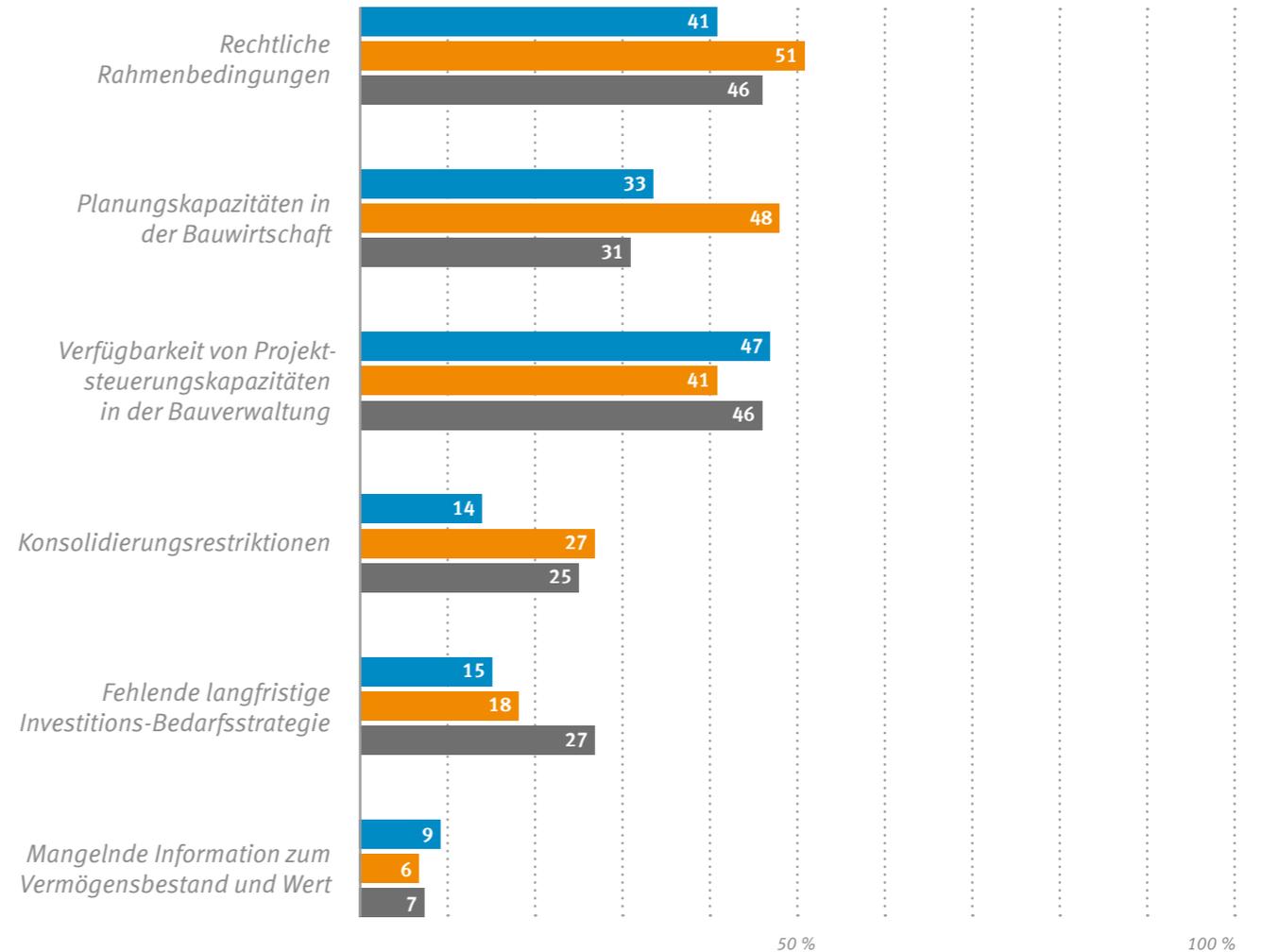


Hemmnisse der Investitionstätigkeit II

Alle befragten Kommunen im Überblick:

Angaben in Prozent

■ = 2021 (N=95) ■ = 2022 (N=83) ■ = 2023 (N=138)





Baupreisentwicklung und Investitions- tätigkeit

Zusammenfassung

Rund 62 Prozent aller befragten Kommunen sieht Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf ihre aktuelle Investitionstätigkeit. Das sind 26 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Vermutlich hängt das damit zusammen, dass sich mittlerweile für viele Kommunen die befürchteten Auswirkungen eingestellt haben und sie deshalb diese Frage nicht mit „ja“ beantworten können. Der Anteil derer, die keine Auswirkungen erwarten oder dies nicht abschätzen können bleibt in etwa gleich. Allerdings machen in der aktuellen Befragung 24 Prozent dazu keine Angaben.

Etwa zwei Drittel der Kommunen sieht vor allem die folgenden drei Auswirkungen:

- ▶ nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- ▶ geplante Investitionen müssen verschoben werden
- ▶ bewilligte Fördermittel für geplante Maßnahmen reichen nicht aus

Vor allem die Gemeinden erwarten Auswirkungen auf ihre Investitionstätigkeit, fast drei Viertel geben das an.

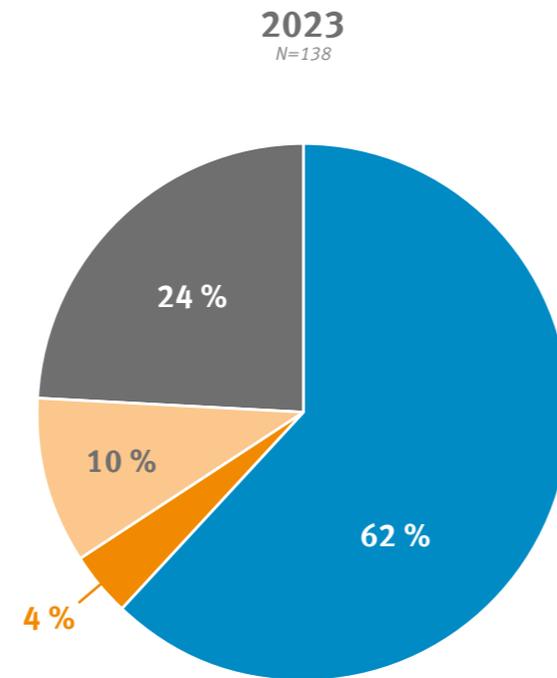
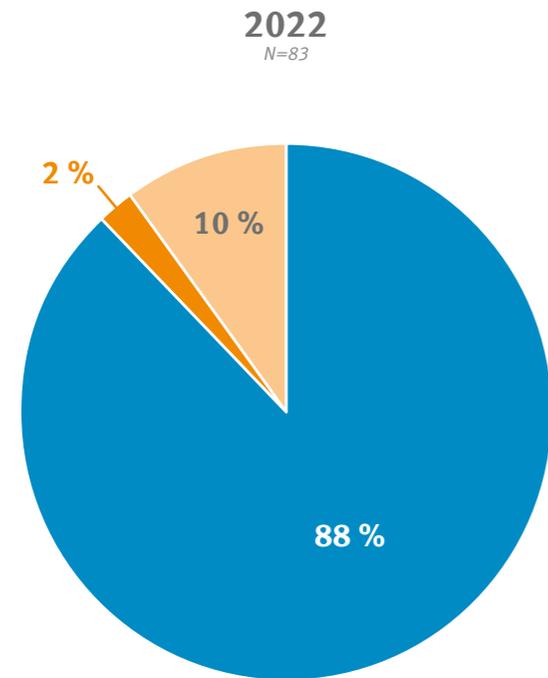
Mehr als drei Viertel der Gemeinden beobachten die folgenden Auswirkungen:

- ▶ geplante Investitionen müssen verschoben werden
- ▶ nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- ▶ es werden weniger Angebote von Bieter*innen abgegeben

Baupreientwicklung und Investitionstätigkeit

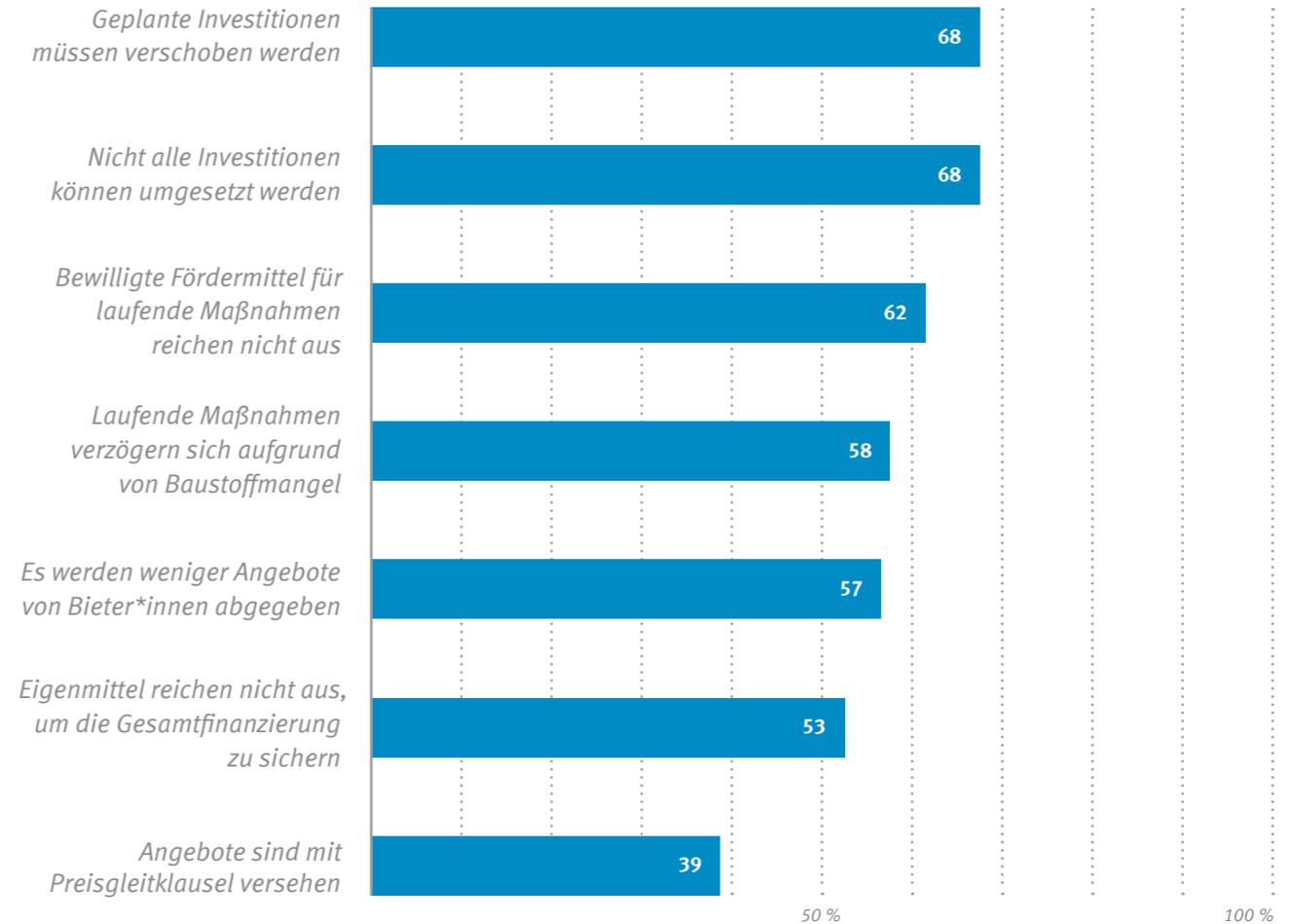
Erwartung von Auswirkungen der Baupreientwicklung auf die Investitionstätigkeit aller befragten Kommunen:

- = Ja
- = Nein
- = ist nicht absehbar
- = keine Angabe



Erwartete Auswirkungen der Baupreientwicklung auf die Investitionstätigkeit 2023 aller befragten Kommunen: (N=118)

Angaben in Prozent



Strom- & Gaspreis- entwicklung und Wärmeversorgung

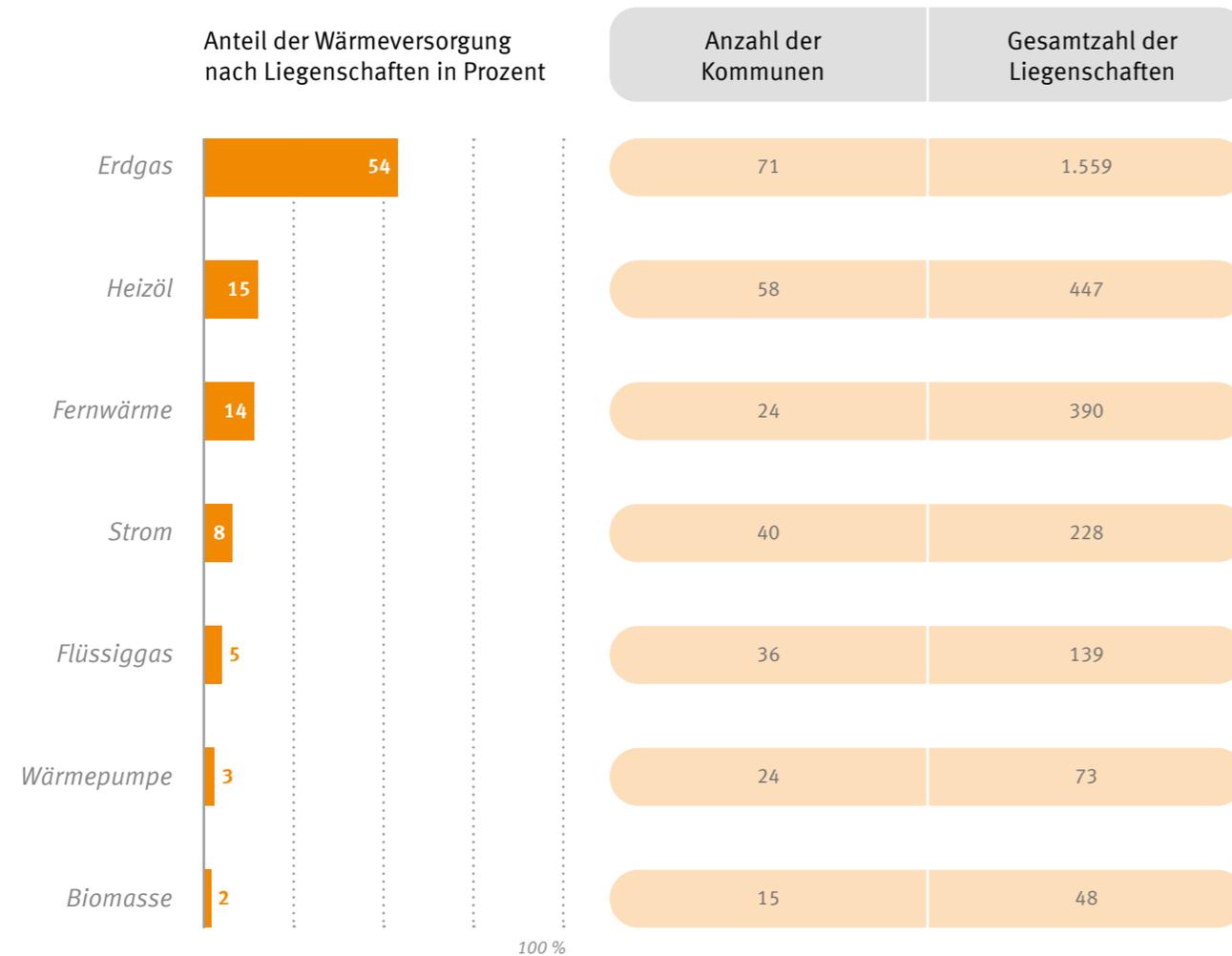
Die Situation in der Wärmeversorgung

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) stellt die Kommunen mittelfristig vor Herausforderungen bei der energetischen Gestaltung der Wärmeversorgung in deren Liegenschaften. Aus diesem Grund haben wir versucht, eine Bestandsaufnahme in den kommunalen Liegenschaften vorzunehmen. Die folgenden Angaben beruhen auf den Meldungen der Kommunen, die an der Umfrage teilgenommen haben. Daraus ergibt sich zwar kein vollständiges Bild für alle Kommunen in Thüringen, jedoch lässt sich erahnen, welches Ausmaß die mit dem GEG und dem Entwurf des Wärmeplanungsgesetzes entstehenden Herausforderungen haben. In der Regel werden die Heizungsanlagen in den kommunalen Liegenschaften mit fossilen Energieträgern betrieben. Das betrifft mehr als die Hälfte der kommunalen Liegenschaften (54 Prozent), die mit Erdgas betrieben werden. Bei rund 15 Prozent der Liegenschaften wird Heizöl und bei fünf Prozent Flüssiggas genutzt. Allein in unserer Umfrage beziffert sich beispielsweise die Gesamtzahl der Liegenschaften, die erdgasbetriebene Heizungsanlagen haben, auf 1.559.

Der überwiegende Teil der mit Heizöl betriebenen Anlagen ist älter als 20 Jahre, so wie die Hälfte der erdgasbetriebenen Anlagen und fast die Hälfte der Flüssiggasanlagen. Es scheint also ein hoher Ersatzbedarf in den kommenden Jahren zu entstehen, der nach den Maßgaben des GEG abgearbeitet werden muss. D.h. bei der Modernisierung der Anlagen müssen diese, entsprechend bestimmter im Gesetz festgelegter Fristen, zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien ausgestattet werden. Das stellt hohe Anforderungen an alle Kommunen. Mit Strom, Fernwärme, Biomasse oder mit Wärmepumpen werden zurzeit nur wenige Heizungsanlagen in den kommunalen Liegenschaften betrieben. Fördermittelgeber können hier mit gezielten Maßnahmen den technischen Ausstieg aus der fossilen Energie unterstützen. Nach den Angaben der Kommunen in unserer Umfrage stieg der Strom- und der Gaspreis zwischen 2021 und 2023 um das 1,6 bzw. das 2,5-Fache. Das zeigt, mit welchen hohen Mehrkosten sich die Kommunen mittlerweile vor allem bei der Nutzung von Gas auseinandersetzen müssen. Dieser Umstand sollte den Umstieg insbesondere von Gas auf alternative Wärmequellen stimulieren.

Wärmeversorgung in den Liegenschaften

Alle befragten Kommunen im Überblick:

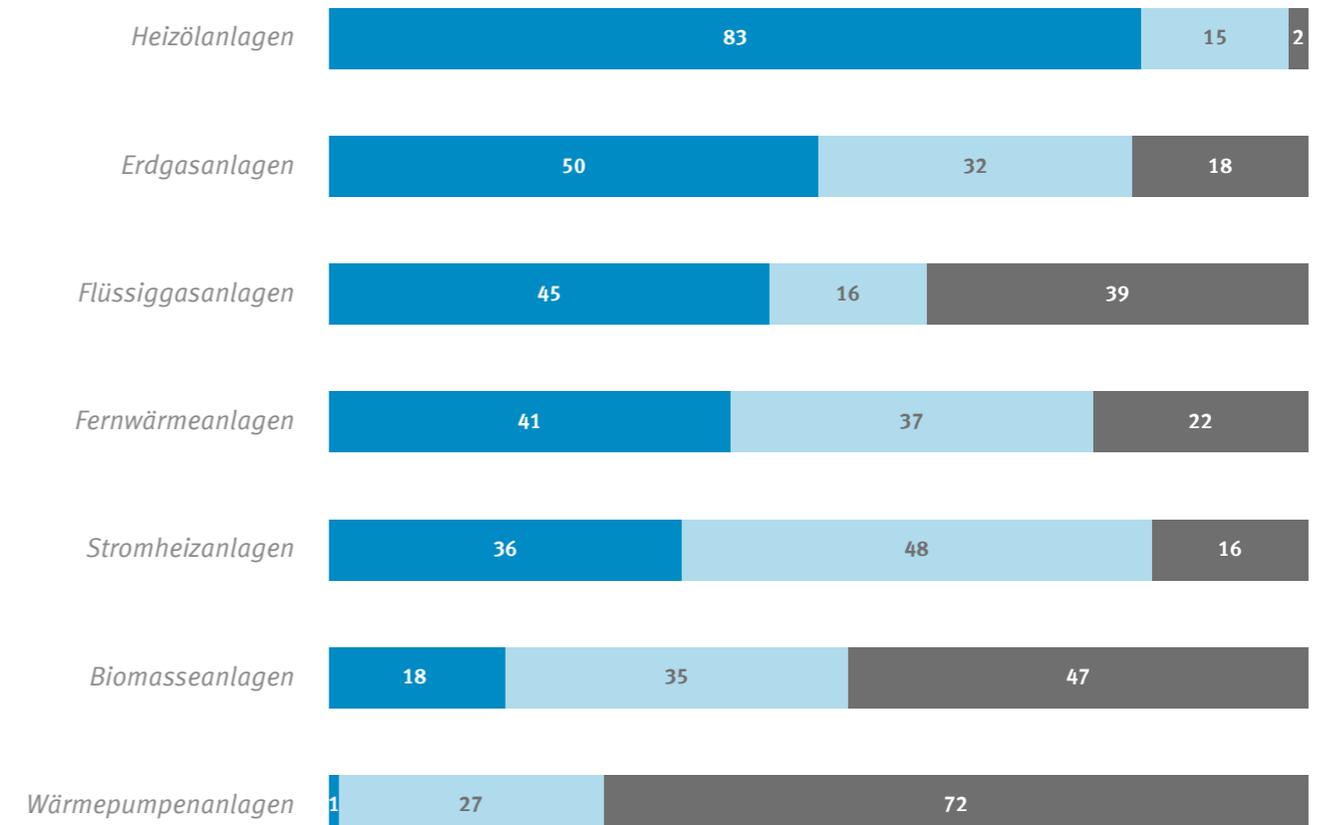


Anteil der Anlagen nach Alter

Alle befragten Kommunen im Überblick:

■ = mehr als 20 Jahre ■ = zwischen 10 und 20 Jahre ■ = jünger als 10 Jahre

Angaben in Prozent

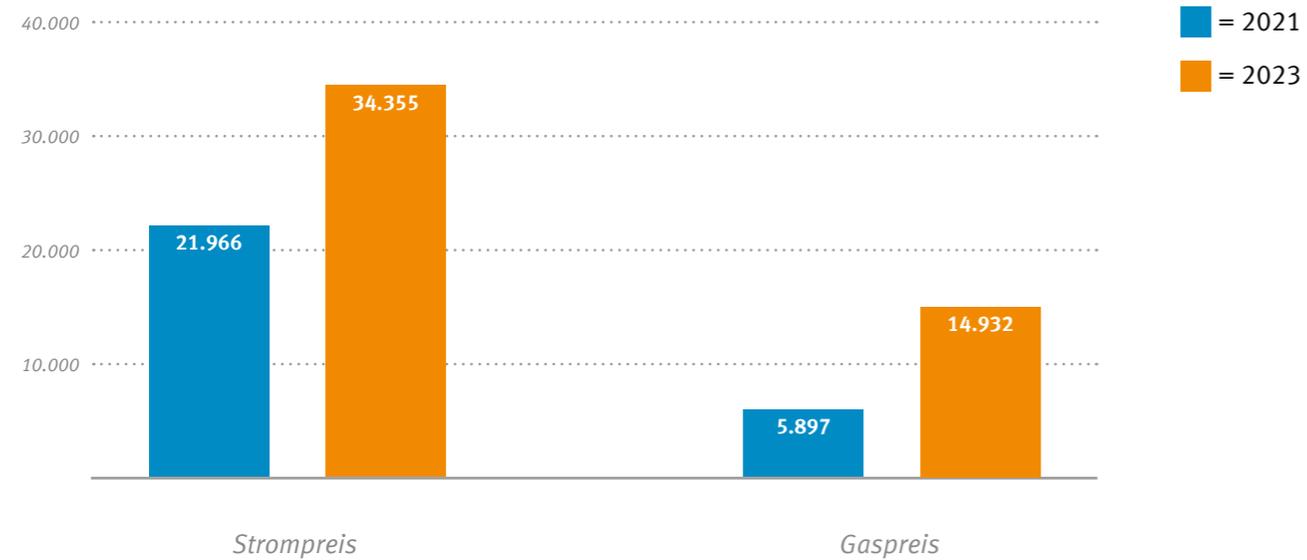


Durchschnitt Strom- und Gaspreis in Cent/KWh

Alle befragten Kommunen im Überblick: (N=64 | keine Angabe N = 74 = 54%)

Angaben zu den Strom- und Gaspreisen, die in den Jahren 2021 und 2023 je KWh entrichtet werden mussten, haben nur 64 Kommunen gemacht. Dementsprechend liegt die Steigerung bei den Strompreisen in diesem Vergleichszeitraum bei rund dem 1,6-Fachen des Preises von 2021 und bei den Gaspreisen sogar bei rund dem 2,5-Fachen.

Auch wenn nicht alle Kommunen ihre Preise offengelegt haben, zeigt dieses Ergebnis doch, mit welchen hohen Mehrkosten sich die Kommunen mittlerweile auseinandersetzen müssen.





Installation von PV-Anlagen

Hemmnisse bei der Umstellung auf PV-Anlagen

Im letzten Jahr fragten wir danach, in welchen erneuerbaren Energien die Kommunen das größte Potenzial sehen. Die Umfrage ergab, dass über 80% dabei auf Photovoltaik setzen. In diesem Jahr ging es uns u.a. darum zu erfahren, wo die Kommunen Hemmnisse bei der Umsetzung entsprechender Vorhaben zur Errichtung von PV-Anlagen sehen. Wie schon in Bezug auf die generellen Hemmnisse der Investitionstätigkeit berichtet, geht es auch bei der Investition in PV-Anlagenprojekte vorwiegend um die finanzielle Ausstattung dieser Vorhaben. Fast die Hälfte der befragten Kommunen (48 bzw. 47 Prozent) sieht bei der Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln Hemmnisse. Fast im gleichen Maße drückt in den Kommunen der Schuh bei der nötigen personellen Ausstattung in den Verwaltungen für die Begleitung solcher Projekte. Immerhin 35 Prozent der Kommunen verfügen offenbar nicht über die nötigen nutzbaren Dachflächen.

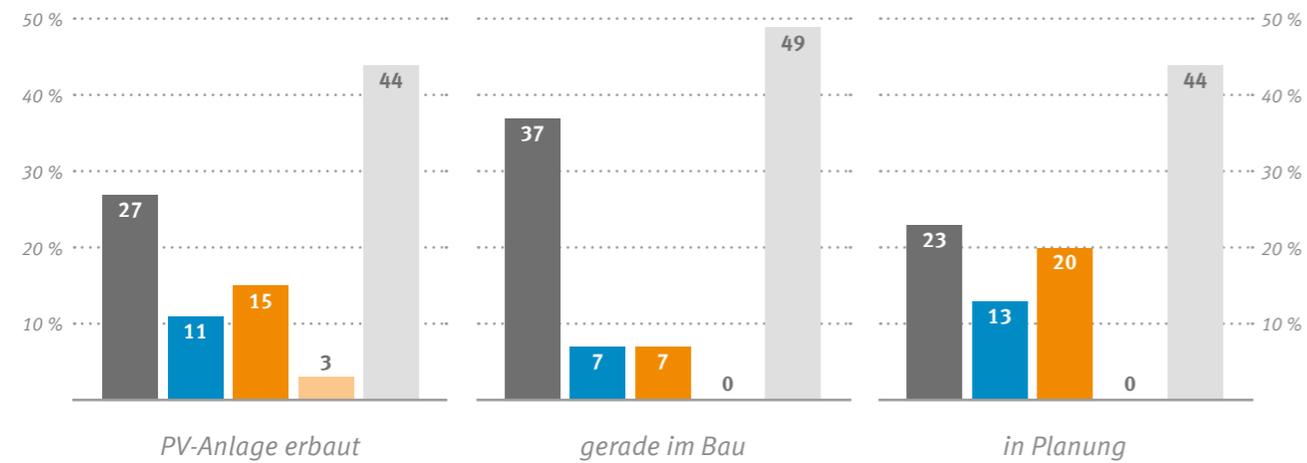
Neben der Unterstützung durch den Freistaat bei der Gestaltung der finanziellen Rahmenbedingungen für die kommunalen Investitionen wäre also auch eine überkommunale Zusammenarbeit förderlich, um personelle Ressourcen effizienter einzusetzen und Dach- und Freiflächen nutzbar zu machen.

Nach Angaben der befragten Kommune sind 341 Anlagen in der Planung oder wurden bzw. werden gerade errichtet.

Wie viele PV-Anlagen wurden bisher errichtet?

Alle befragten Kommunen im Überblick: (N=138)

■ = keine ■ = eine ■ = 2 bis 10 ■ = mehr als 10 ■ = keine Angabe Angaben in Prozent

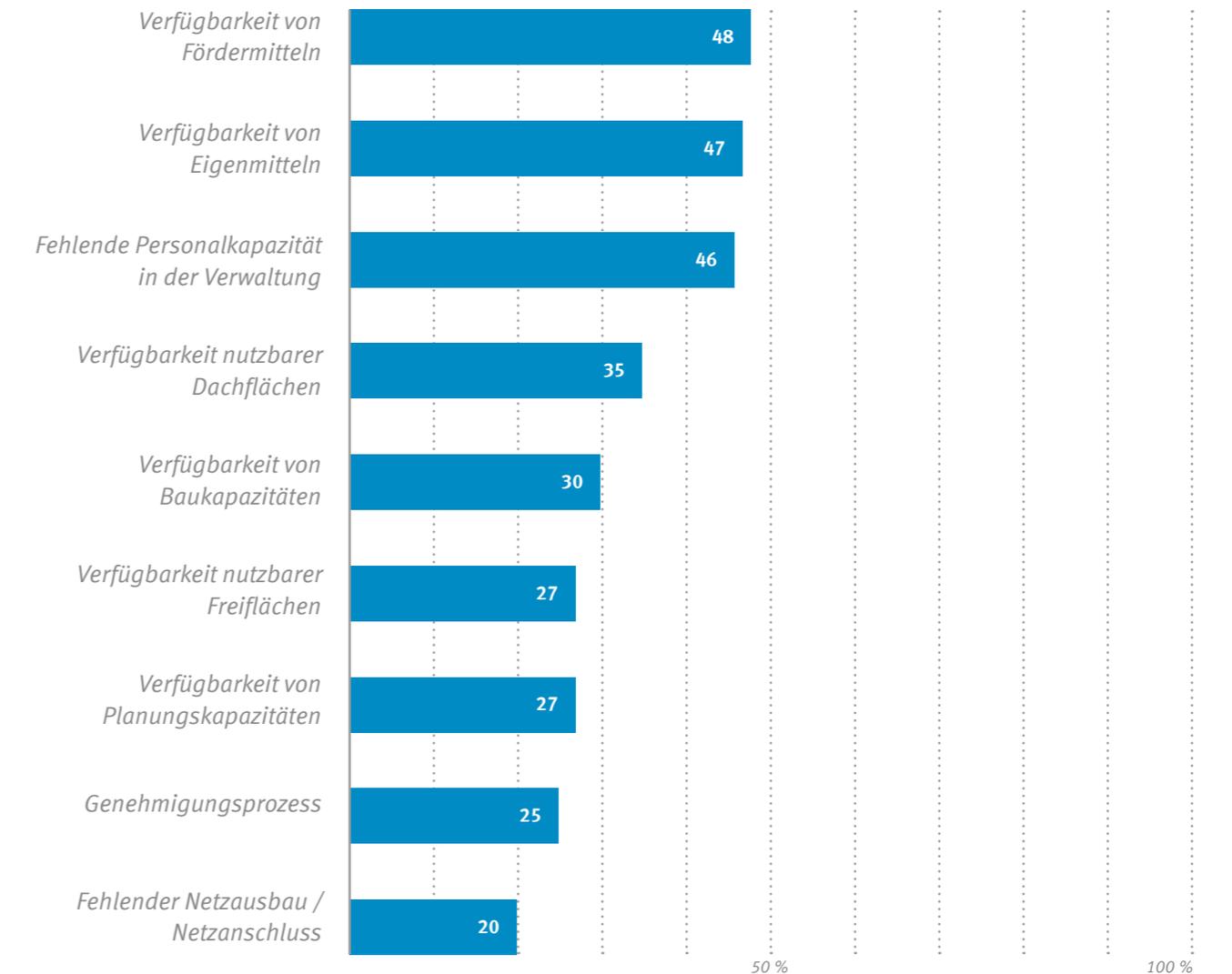


Status	Anzahl
Erbaute Anlagen	200
Gerade im Bau	34
In Planung	107
Gesamt	341

Hemmnisse bei Installation von PV-Anlagen

Alle befragten Kommunen im Überblick:

Angaben in Prozent



Fonds zur Reduzierung von Finanzierungskosten

Reduzierung von Finanzierungskosten

Alle befragten Kommunen im Überblick:

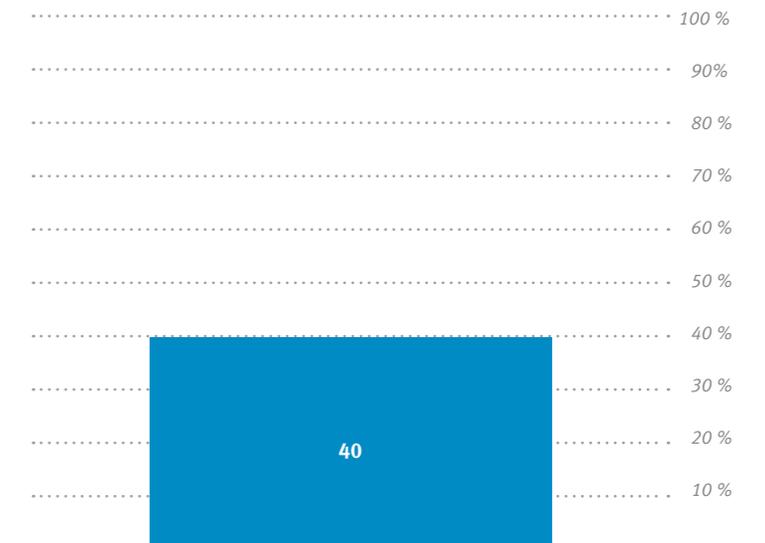
Im letzten Jahr haben wir Sie gefragt, ob ein zinsverbilligtes Kreditprogramm, zum Beispiel im Rahmen eines Fonds, zur Reduzierung von Finanzierungskosten für Sie hilfreich sein kann, um steigenden Zinsen und Preisen entgegenzuwirken. Auf diese Frage gab es sehr hohe Zustimmungswerte von 68 Prozent. Davon gaben in der aktuellen Befragung 40 Prozent an, ein solches Programm im Jahr 2024 auch in Anspruch zu nehmen.

Befragung 2023

N=138

Sehen Sie im Jahr 2024 den Bedarf einer Inanspruchnahme für ein solches Programm?

■ = Ja



Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Insgesamt haben sich 138 der 207 angeschriebenen Kommunen am Kommunalmonitor 2023 beteiligt. Das entspricht einer Rekordbeteiligung in der Geschichte des Kommunalmonitors von rund 67 Prozent. Es beteiligten sich 37 Gemeinden (2022: 16), 64 kreisangehörige Städte (2022: 45), 21 Verwaltungsgemeinschaften (2022: 16), 11 Landkreise (2022: 6) und alle fünf kreisfreien Städte am Kommunalmonitor (2022: 4). Diese bezeichnen wir in diesem Report als Kommunaltypen.

Die finanzielle Situation in den Kommunen

- ▶ Seit der ersten Befragung 2019 hat sich die Einschätzung der Kommunen bezüglich ihrer finanziellen Situation auf der Skala von 1 = sehr gut bis 5 = mangelhaft bei allen Kommunaltypen auf Mittelwerte zwischen „befriedigend“ und „ausreichend“ eingependelt. In den Städten und Landkreisen wird die finanzielle Situation am kritischsten beurteilt. Hier schätzen 33 bzw. 36 Prozent der Befragten die Situation als mangelhaft ein.
- ▶ Immer weniger Gemeinden und Städte geben an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Der Anteil sinkt auf acht Prozent der befragten Gemeinden (2022: 13 Prozent) und auf 16 Prozent der befragten Städte (2022: 33 Prozent). Das sind die niedrigsten Werte seit Start des Kommunalmonitors im Jahr 2019. Im Jahr 2021 gaben zwei befragte Landkreise (20 Prozent) an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Aktuell ist es ein Landkreis (9 Prozent).

- ▶ Bei den Verwaltungsgemeinschaften ist dieser Trend nicht zu beobachten. Hier steigt der Anteil der VGs, die angeben, dass sich Mitgliedsgemeinden in einer angeordneten Haushaltssicherung befinden von 50 (2022) auf nun 57 Prozent. Gegenwärtig sind nach Angaben der betreffenden VGs 19 Gemeinden davon betroffen (2022: 16).

Bedarf an personellen Ressourcen

Die meisten Kommunen werden in den kommenden drei Jahren in den folgenden Bereichen Fachpersonal suchen:

- ▶ Digitalisierung (71 Prozent aller Kommunen)
- ▶ Projektumsetzung (54 Prozent aller Kommunen)
- ▶ Umsetzung von § 2b UstG (53 Prozent aller Kommunen)
- ▶ Klimaschutz (52 Prozent aller Kommunen)
- ▶ Gebäudemanagement (48 Prozent aller Kommunen)

Bedarf an Investitionsmitteln

- ▶ An der Spitze der Top-Ten-Liste der Investitionsbedarfe mit hoher Priorität in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften hat sich seit 2019 nichts geändert. „Verkehrsinfrastruktur“, „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ sind mit Anteil zwischen 54 und 66 Prozent aller befragten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften die wichtigsten Investitionsfelder. In diesem Jahr in die Befragung aufgenommen haben wir das Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“. Es belegt mit einem Anteil von 51 Prozent den Platz vier. Das Investitionsfeld „Sportstätten und Bäder“ rückt wieder stärker in den Fokus der Investitionsbedarfe.
- ▶ „Stadt- und Quartiersentwicklung“, „Verwaltungsgebäude“, „Hochwasserschutz“, „Breitbandversorgung“ und „Kindertagesstätten“ haben im Vergleich zu 2021 leicht an Bedeutung verloren.
- ▶ Vier der fünf kreisfreien Städte rechnen dem „Ausbau des Straßenpersonennahverkehrs“ eine hohe Priorität zu. Dies ist eine Aufgabe, die den kreisangehörigen Städten nicht zufällt.
- ▶ Für die meisten befragten Landkreise haben seit dem Kommunalmonitor von 2020 die Investitionen in die „Verwaltungsdigitalisierung“ unverändert eine hohe Priorität. Mehr als 80 Prozent der befragten Landkreise geben das an. Die Investitionsfelder „Verkehrsinfrastruktur“ und „Verwaltungsgebäude“ (jeweils 73 Prozent) und die Schulen (64 Prozent) belegen die nachfolgenden Plätze.
- ▶ Das neu in die Befragung eingeführte Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“ belegt Platz vier. Rund 46 Prozent der befragten Landkreise geben diesem Investitionsfeld eine hohe Priorität.

- ▶ Die Investitionen in den Straßenpersonennahverkehr und in die Breitbandversorgung verlieren an Bedeutung.
- ▶ Der Gesamtinvestitionsbedarf zwischen 2024 und 2026 wird von uns aktuell auf der Basis der angegebenen Werte aller befragten Kommunen auf 3,963 Mrd. € für alle Thüringer Kommunen hochgerechnet. Das sind 1,321 Mrd. € pro Jahr. Aus der Gegenüberstellung von hochgerechnetem geschätztem Investitionsvolumen und in den Haushalt eingestellten Ausgaben für Investitionen ergibt sich das Delta zusätzlich benötigter Mittel. Für die kommenden drei Jahre schätzen wir das zusätzlich benötigte Investitionsvolumen auf ca. 2,3 Mrd. €. Das sind durchschnittlich 799 Mio. € pro Jahr.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

- ▶ Unverändert seit 2021 und damit die zentralen Herausforderungen der Kommunen sind die Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln, mehr als zwei Drittel der befragten Kommunen sieht darin Hemmnisse.
- ▶ Die Wahrnehmung von Hemmnissen ist zurück gegangen. Die hohen Prozentanteile der Kommunen, die in der Befragung von 2022 Hemmnisse anzeigten, sind deutlich gesunken. Damals wurden acht von 13 zur Bewertung vorgelegten Möglichkeiten von 51 bis 93 Prozent der Befragten als Hemmnisse eingestuft. Aktuell sind es nur vier mit Anteilen zwischen 51 und 69 Prozent.
- ▶ Neben der Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln sind es die Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung und die Verfügbarkeit von Zuweisungen, die etwas mehr als die Hälfte der befragten Kommunen in 2023 als Hemmnisse identifizieren. Der Anteil bei der Verfügbarkeit von Zuweisungen ging allerdings von 70 Prozent (2022) auf 51 Prozent (2023) zurück.

Kriterien für die Auswahl der Investitionsbedarfe

- ▶ In diesem Jahr fragten wir danach, nach welchen Kriterien die Kommunen ihre Investitionsbedarfe priorisieren. Dazu haben wir vier Kriterien in der Befragung vorgegeben.
- ▶ Grundsätzlich orientieren sich die meisten kommunalen Entscheider*innen dabei an der Notwendigkeit der Investition (z.B. Erhaltung des Vermögens, Erfüllung gesetzlicher Anforderungen oder Anlagenabnutzungsgrad). An zweiter Stelle entscheidet die Finanzkraft der Kommune darüber, wie Investitionen priorisiert werden. Strategische Aspekte (z.B. Prioritätenlisten, Gremienbeschlüsse oder Klimaschutzkonzepte) sowie personelle Kapazitäten der Verwaltung bei der Planung und Umsetzungsbegleitung der Investitionen spielen eine nachrangige Rolle als Kriterium der Priorisierung.
- ▶ Unterschiede zwischen den vier Kommunaltypen gibt es hinsichtlich dieses Rankings nicht.

Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf die Investitionstätigkeit

- ▶ Rund 62 Prozent aller befragten Kommunen erwarten Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf ihre aktuelle Investitionstätigkeit, das sind 26 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Der Anteil derer, die keine Auswirkungen erwarten oder dies nicht abschätzen können bleibt in etwa gleich, wobei hier ein Viertel keine Angaben macht.

- ▶ Etwa zwei Drittel der Kommunen sieht vor allem die folgenden drei Auswirkungen:

- nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- geplante Investitionen müssen verschoben werden
- bewilligte Fördermittel für geplante Maßnahmen reichen nicht aus

- ▶ Vor allem die Gemeinden erwarten Auswirkungen auf ihre Investitionstätigkeit, fast drei Viertel geben das an. Mehr als drei Viertel der Gemeinden beobachten die folgenden Auswirkungen:

- geplante Investitionen müssen verschoben werden
- nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- es werden weniger Angebote von Bieter*innen abgegeben

Strom- und Gaspreisentwicklung

- ▶ Die meisten Heizungsanlagen werden in den kommunalen Liegenschaften mit fossilen Energieträgern betrieben. Rund 54 Prozent werden mit Erdgas betrieben, 15 Prozent mit Heizöl und fünf Prozent mit Flüssiggas. Allein in unserer Umfrage beziffert sich die Gesamtzahl der Liegenschaften, die erdgasbetriebene Heizungsanlagen haben, auf 1.559. Die tatsächliche Zahl wird deutlich höher liegen, da wir von mehr als 30 Prozent der Grundgesamtheit aller Kommunen keine Angaben haben, weil diese sich entweder nicht an der Befragung beteiligten oder wenn doch, dann keine Angaben machten. Der überwiegende Teil der mit Heizöl betriebenen Anlagen ist älter als 20 Jahre. Ebenso die Hälfte der erdgasbetriebenen und fast die Hälfte der Flüssiggasanlagen.

- ▶ Es scheint also ein hoher Ersatzbedarf bei den Heizungsanlagen in den kommunalen Liegenschaften in den kommenden Jahren zu entstehen, der nach den Maßgaben des GEG abgearbeitet werden muss.
- ▶ Nach den Angaben der Kommunen in unserer Umfrage stieg der Strom- und der Gaspreis zwischen 2021 und 2023 um das 1,6 bzw. das 2,5-Fache. Das zeigt, mit welchen hohen Mehrkosten sich die Kommunen mittlerweile vor allem bei der Nutzung von Gas auseinandersetzen müssen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien könnte hier Abhilfe schaffen.

Gründung einer kommunalen Gesellschaft

- ▶ Rund 43 Prozent der befragten Kommunen unterstützen den Vorschlag zur Gründung einer kommunalen Gesellschaft (analog der Thüringer Glasfasergesellschaft), um den zusätzlichen finanziellen und personellen Aufwand bei der Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende abzufedern. Nur 17 Prozent lehnen ihn ab. Aus verschiedensten Gründen konnten sich rund 40 Prozent nicht eindeutig entscheiden. Vor allem die Gemeinden unterstützen diesen Vorschlag. Von ihnen sprechen sich rund 60 Prozent dafür aus.
- ▶ Die Befürworter*inne begründen dies mit folgenden Punkten:
 - fehlendes Personal und Knowhow in den Kommunen bereitstellen
 - Synergien erzeugen und Kompetenzen bündeln
 - Überforderungen der Kommunen durch die Komplexität der Aufgaben
 - fehlende Fördermöglichkeiten und finanzielle Ressourcen

Stand der Installation von PV-Anlagen

- ▶ Im letzten Jahr fragten wir danach, in welchen erneuerbaren Energien die Kommunen das größte Potenzial sehen. In diesem Jahr ging es uns u.a. darum zu erfahren, wo die Kommunen Hemmnisse bei der Umsetzung entsprechender Vorhaben zur Errichtung von PV-Anlagen sehen.
- ▶ Die Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln sowie die nötige personelle Ausstattung in den Verwaltungen stellen die häufigsten Hemmnisse in den Kommunen dar.
- ▶ Nach Angaben der befragten Kommunen sind 341 Anlagen in der Planung oder wurden bzw. werden gerade errichtet.

Fonds zur Reduzierung von Finanzierungskosten

- ▶ Im letzten Jahr haben wir gefragt, ob ein zinsverbilligtes Kreditprogramm, zum Beispiel im Rahmen eines Fonds, zur Reduzierung von Finanzierungskosten für die Kommunen hilfreich sein kann, um steigenden Zinsen und Preisen entgegenzuwirken. Rund 68 Prozent der Kommunen unterstützen damals diesen Vorschlag. In diesem Jahr gaben 40 % der befragten Kommunen an, dass bereits in 2024 eine Inanspruchnahme zu begrüßen wäre.

Methodenkurzbericht

Primärforschung

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH

Auftraggeberin

Thüringer Aufbaubank

Erhebungsmethode

Online-Befragung (21 Fragebögen wurden schriftlich eingereicht)

Auswahlverfahren

Öffentliche Adressliste N = 207 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen mit hauptamtlichen Verwaltungsspitzen

Stichprobe

N = 138 Interviews • Ausschöpfungsquote: 67 Prozent

	Gemeinden	Städte	Kreisfreie Städte	VGs	Landkreise	Gesamt
Versendet	55	87	5	43	17	207
Teilgenommen	37	64	5	21	11	138
Quote	67 %	74 %	100 %	49 %	65 %	67 %

Feldzeit

01. Juni bis 31. August 2023

Bearbeitet von

Dr. Henry Kreikenbom, Dr. Yvonne Ludewig, Elisabeth Zettel



Impressum

Herausgeberin:

Thüringer Aufbaubank
Gorkistraße 9 | 99084 Erfurt
presse@aufbaubank.de

Inhalte:

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH

Konzeption:

Unternehmenskommunikation der Thüringer Aufbaubank
Creative Solutions

Layout:

Nivre Film & Studio GmbH

Fotos:

Studio Beetz, Andreas Beetz
Nivre Film & Studio GmbH, Dietmar Thal

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung, auch auszugsweise, sind vorbehalten.

Alle Beiträge wurden sorgfältig recherchiert. Eine Haftung wird nicht übernommen.



Wir beraten Kommunen!

Die Kommunalberatung der Thüringer Aufbaubank begleitet erfolgreich Projekte in der Investitionsberatung und der Haushaltskonsolidierungsberatung. Dank finanzieller Unterstützung durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales sowie Mitteln der Finanzausgleichsmasse bieten wir diese Beratungsunterstützung für die Kommunen und Landkreise in beiden Bereichen **kostenfrei** an. Profitieren Sie von unseren Erfahrungen und lassen Sie sich mit Ihrem Projekt begleiten: kommunalberatung@aufbaubank.de



Melden Sie sich für unseren Newsletter an und erhalten Sie Informationen und Impulse speziell für die öffentliche Hand.
www.aufbaubank.de/Kontakt/Newsletter

www.aufbaubank.de/kommunalberatung